

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.11.2013, S. 1

Städte wollen mehr Geld für kranke Asylbewerber

Kommunen kommen allein für die medizinische Betreuung auf

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Hohe Krankheitskosten für die steigende Zahl der Asylbewerber werden für Kommunen in NRW immer häufiger zur untragbaren Belastung. Der Städte- und Gemeindebund kritisiert, dass das Land den Kommunen die Kosten für die medizinische Betreuung geduldeter Asylbewerber allein aufbürdet und die Pauschalen insgesamt nicht ausreichen. Transplantationen, Klinikaufenthalte für Bluter und langwierige Behandlungen überschritten oft die Leistungsfähigkeit von Kommunen. In Einzelfällen würden Kosten von 500 000 Euro im Jahr pro Patient fällig. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Schäfer, forderte NRW auf, sich an Hessen ein Beispiel zu nehmen, das Städten alle Flüchtlings-Krankenkosten über 10 000 Euro erstattet.

Während das Land Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge erstattet, werden die Krankenkosten für die Gemeinden zum unkalkulierbaren Risiko. Der CDU-Kommunalexperte Andre Kuper berichtete, dass am Stichtag 11. Juni 5527 Flüchtlinge in NRW neben Regelleistungen und Pauschalen des Landes zusätzlich Leistungen der Kommunen bei Krankheit, in der Schwangerschaft oder bei einer Geburt erhielten. Mit 50,2 Millionen Euro Krankenkosten betrug der Anteil an den gesamten Asylbewerberleistungen fast 18 Prozent. „Die Krankenkosten sind ein nicht planbarer Faktor der Kosten für Asylbewerber“, sagte Kuper.

Für besondere Härtefälle und unvorhersehbare Belastungssituationen stellt das Land 5,6 Millionen Euro im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zur Verfügung. Damit

lassen sich nach Angaben der Kommunalen Spitzenverbände allerdings oft nur wenige Fälle finanzieren. „Das reicht oft nicht mal für zehn Personen“, klagte ein Experte der Spitzenverbände im Innenausschuss des Landtags. „Diese Menschen sind oft traumatisiert und haben auf der Flucht Verletzungen erlitten – sie brauchen kostspielige medizinische Hilfe“, weiß Schäfer.

Auch insgesamt sind die Kommunen unzufrieden mit den Leistungen von Bund und Land. „Das Geld, das wir für die Flüchtlinge bekommen, reicht vorne und hinten nicht“, klagte der Hauptgeschäftsführer des Gemeindebundes, Gerd Landsberg. NRW zahle den Gemeinden für jeden Flüchtling gerade 1000 Euro im Quartal. Das deckt, so die Kommunen, nicht einmal die Hälfte der Kosten für Unterkunft, Kleidung und Verpflegung. *Kommentar Seite 1*

Kommunen bei Asylkosten helfen

Flüchtlinge haben Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung in NRW. Auch die Kommunen stehen zu ihrer Pflicht, Asylbewerber einen sicheren Aufenthalt zu bieten. Der Anstieg der Asylzahlen aber überfordert viele Kommunen, weil Bund und Land Kosten der Flüchtlingsversorgung nicht vollständig decken. Dies hatte das Bundesverfassungsgericht allerdings ausdrücklich verlangt.

Schon bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge arbeiten Städte vielfach an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Besonders kritisch wird es, wenn vom Land zugewiesene Asylbewerber eine teure Heilbehandlung benötigen. Weil sich die Asylzahlen in diesem Jahr fast verdoppelt haben, müssen Kommunen dringend entlastet werden. Der zunehmende Anteil älterer, verletzter und schwer traumatisierter

Bürgerkriegsflüchtlinge lässt die Krankenkosten explodieren.

Damit Kommunen planen können, sollte NRW wie in Hessen die Übernahme von Krankheitskosten der Asylbewerber durch die Städte deckeln. Ein Streit über die Notwendigkeit einer Herz-OP für einen Asylbewerber muss allein aus humanitären Gründen Tabu sein.